

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 47

Erscheint Sonntags.
Bezugpreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 15. November 1931

Geschäftsstelle: Berlin C2, Neuer Markt 8-12 IV.
Telefon: Berlin B2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Der Kampf gegen das Tarif- und Schlichtungswesen.

Die organisierte Arbeiterschaft fordert schon seit langem einen fühlbaren Preisabbau und eine besonders nachdrückliche Ueberprüfung der kartellgebundenen Warenpreise. Jedermann weiß, daß gerade bei den einem Preisdiktat unterworfenen Waren die Uebersteuerung augenfällig ist. Dieser Forderung begegnen die an den Preisbindungen interessierten Unternehmer mit dem Einwand, daß auch die Arbeitskraft kartellmäßig preisgebunden sei und daß darum auch den Gewerkschaften als den Trägern der Preisbindung der Arbeitskraft der Prozeß gemacht werden müßte. Würde die Staatsgewalt gegen Preisartikler und -syndikate vorgehen, dann müßte sie auch den Gewerkschaften die Vereinbarung fester Preise für die Arbeitskraft untersagen.

Diese absolute Verkennung des Wesens tarifgebundener Arbeitslöhne hat in den Köpfen der Unternehmer schon manches Unheil angerichtet, und in der Zwischenzeit ist die Forderung auf Aufhebung der Tarifgebundenheit des Arbeitslohnes aus dem Sprachgebrauch der an Preisbindungen interessierten Unternehmer in den der Allgemeinheit übergegangen. Das hat zur Folge, daß schon seit längerer Zeit bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten die weitest gehende Freizügigkeit für die Entlohnung der Arbeitskraft gefordert wird. Dabei ist der deutsche Sprachschatz wieder um einige Schlagworte bereichert worden. Man redet nicht nur von „Tarifgebundenheit“ der Arbeitslöhne, sondern auch von einer zu erstrebenden „Elastizität der Löhne“ oder von einer „Auflockerung des Tarif- und Schlichtungswesens“ oder von einer „Anpassung aller Faktoren an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten“. Gemeint jedoch ist damit immer das gleiche: Lohndruck bis zum äußersten.

Auch in unserer Fachpresse macht sich dieses hysterische Geschrei bemerkbar. Im „Wochenblatt für Papp- und Papierverarbeitung“ zum Beispiel (Nr. 42) konnte ein Dr. B. eine Abhandlung unterbringen, in der er in offener Weise eine „Auflockerung des Tarif- und Schlichtungswesens in der Papp- und Papierverarbeitenden Industrie“ fordert. Nach seiner Anschauung „muß das starre Tarif- und Schlichtungswesen, wie wir es nun seit mehr als 12 Jahren haben, zu einer schweren Gefährdung zahlreicher Existenzen in der Papierwareindustrie werden“. Einen Nachweis für die Richtigkeit seiner Behauptung zu erbringen, darf man von dem guten Doktor nicht erwarten. Würde er den Versuch dazu machen, dann müßte ihm die gesunde Vernunft sagen, daß nach einheitlichen Grundsätzen festgelegte und

einheitlich geltende Löhne keine Gefährdung, wohl aber eine Sicherung der einzelnen Betriebe bringen, da keiner von diesen gegenüber den anderen Schmutzkonzurrenz auf Kosten des Arbeitslohnes treiben kann.

Doch diese Schmutzkonzurrenz auf Kosten des Arbeitslohnes ist es gerade, die Dr. B. erstrebt, denn er sagt sehr deutlich: „Es fehlt immer noch das freie Recht, Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe zu treffen, wie es die individuellen Verhältnisse der einzelnen Wirtschaftszweige und innerhalb derselben wieder der einzelnen Betriebe, die unter verschiedenartigen Voraussetzungen arbeiten können, fordern.“ Auch hier haben wir wieder das A und O der Unternehmerwünsche, die immer nur den Arbeitslohn als bewegliches Element im Untertkonto der Betriebe sehen, doch nie daran denken, auch einmal für die anderen Untertkosten die gleiche Beweglichkeit zu fordern. Material, Maschinen und Gebäudewerkskosten oder Raummieten, auch die eigene Gewinnquote gelten für sie als „tabu“, als heilig und unverletzlich. Nur der Lohn des Arbeiters und die sozialen Aufwendungen sind für ihn Steine des Anstoßes. Wenn Dr. B. die Schmutzkonzurrenz auf Kosten des Arbeitslohnes als geeignet ansieht, um unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen zu können, dann soll er für seinen Betrieb das Experiment wagen, die Bewertung seiner eigenen Arbeitskraft den wirtschaftlichen Bedürfnissen seines eigenen Betriebes anzupassen. Doch er verschone uns mit seiner Forderung, aus dem gewandten deutschen Arbeiter einen chinesischen Kuli zu machen.

Fehlende Beweise für die Stichtaltigkeit einer Behauptung können nicht ersetzt werden durch blöde Verdächtigungen des Tarif- und Schlichtungswesens an sich. Nach der Abhandlung des Dr. B. werden unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen „mit Hilfe staatlicher, oft parteipolitisch gebundener Organe festgesetzt“ und damit soll das Tarif- und Schlichtungswesen zu einer „bewußten, einseitigen Bevorzugung der Arbeitnehmererschaft“ werden. Richtig ist, daß durch die Reichstarifverträge die ehemals vorhandenen Glendsbezirke beseitigt und dadurch das ganze Gewerbe auf eine gesündere Grundlage gestellt worden ist. Ebenso richtig ist jedoch auch, daß die Aufrechterhaltung dieser gefundenen Grundlage nur möglich war durch die Mithilfe des so verpönten Schlichtungswesens und der Verbindlich- und Allgemeinverbindlicherklärung der Verträge, die in der Schlichtungsordnung gesetzlich verankert sind. Es ist jedoch eine völlig un-

bewiesene Behauptung, daß die Schlichtungsorgane oft parteipolitisch gebunden seien und darum eine bewußt einseitige Bevorzugung der Arbeiterschaft gegeben sei. Gerade die letzten Monate sind doch der beste Beweis für die Unsinntigkeit dieser Behauptung: **Kaum ein Schiedsspruch wird gefällt, der nicht ein erhebliches Zurückdrängen der Lohnhöhe bringt!**

Das ist natürlich auch dem nach Schmutzkonzurrenz auf Kosten des Arbeitslohnes schreienden Dr. B. bekannt. Der Offenlichkeit gegenüber hat die Regierung diesen starken Lohndruck mit dem Versprechen als tragbar hinzustellen beliebt, daß auch die Warenpreise gesenkt werden. Noch auf dem Sparlassentag hat Reichstanzler Dr. Brüning auf den überhöhten Preisstand, der auf dem Kartellunfug beruht, aufmerksam gemacht mit dem Erfolg, daß die deutsche Industrie nicht etwa aus beginnender Einsicht die überhöhten Preise abbaut, sondern daß sie sich schon von vornherein gegen jeden Eingriff in das Kartellwesen wehrt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie sagte zu den Ausführungen des Reichstanzlers: „So notwendig auch eine Elastizität der Löhne ist, so bedenklich ist es, aus politischen Gründen unwirtschaftliche Maßnahmen auf dem Kartellaufsichtsgebiet als Ausgleich durchzuführen.“ Mit anderen Worten heißt das: „Lohndruck um jeden Preis, doch an den überhöhten Warenpreisen darf nicht gerüttelt werden.“ Wenn man aus rein wirtschaftlichen Erwägungen eine Angleichung der überhöhten Preise an die stark gedrosselte Kaufkraft der großen Verbrauchermasse fordert, dann sind das — wie auch das Bestreben auf Aufrechterhaltung des Lohnstandards — in den Augen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie politische Bindungen. Hier haben wir die Quellen der Weisheiten des Dr. B.

Der Drang nach ungebundener Entlohnung der Arbeitskraft macht blind allen Geschnitten gegenüber. Dr. B. verlangt z. B. „einen Zustand der freien Vertragsvereinbarung, die eine Berücksichtigung schwandender wirtschaftlicher Entwicklung, örtlicher Verhältnisse und persönlicher Tüchtigkeit ermöglicht“. Dr. B. weiß natürlich, daß der Köder der „Beachtung der persönlichen Tüchtigkeit“ von jedermann als Phrase gewertet wird. Auch ihm muß inzwischen bekannt geworden sein, daß im letzten Jahre die Leistungszulagen, die ja in Berücksichtigung der persönlichen Tüchtigkeit gegeben werden, nahezu völlig abgebaut worden sind.

Der Kampf gegen das Tarif- und Schlichtungswesen findet eine geschlossene Front aller Gewerkschaften, die verstärkt wird durch viele Sozialpolitiker aus anderen Kreisen. Herr Dr. B., das „Wochenblatt für Papp- und Papierverarbeitung“ und auch unsere übrige Fachpresse, die den Kampf gegen das Tarif- und Schlichtungswesen

zum Teil offen, zum Teil versteckt führen, mögen die Neuerungen der „Sozialen Praxis“, des Organs für Sozialpolitik, recht eingehend studieren, die in ihrer Nr. 43 feststellen:

„In dem Kampf um die Sozialpolitik, der mit dem Steigen der Wirtschaftsnot sich verstärkt hat, ist das Ringen um Erhaltung und Gestaltung des Tarifvertrages immer mehr in den Vordergrund getreten. Die Verschärfung der Forderungen von Unternehmerseite wirkt, stärker noch als der Kampf um das Ausmaß der Leistungen der Sozialversicherung, auf die Arbeitnehmer als Frontalangriff auf die Grundlagen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts. Wenn in erster Reihe das Einfließen für den Tarifvertrag die Gewerkschaftsbünde aller Richtungen in den letzten Tagen zu einer einheitlichen „Abwehrfront gegen die soziale Reaktion“ zusammengeführt hat, so drückt sich hierin aus, wie hoch der Tarifvertrag als Grundlage des kollektiven Arbeitsrechts von den Arbeitnehmern gewertet wird. Es handelt sich bei ihnen um mehr als um die Abwehr von Lohnsenkungen. Es geht ihnen um ein Prinzip, von dessen Lockerung sie keine Vernichtung, weit über die Augenblicksnot hinaus, befürchten... Es ist rückwärtslos auszusprechen, daß im Rahmen jeder Reform der Tarifvertrag und der Grundsatz seiner Unabdingbarkeit erhalten bleiben müssen... Die Kollektivvereinbarung ist das primäre Mittel, wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Ueberlegenheit des Unternehmers dem Arbeitnehmer gegenüber auszugleichen. Würde der Tarifvertrag verschwinden oder abdingbar gemacht werden, so würden wirtschaftliche und soziale Kämpfe von unabsehbarer Schwere die Folge sein. Das sollte jeder bedenken, dem in der Gegenwart der unabdingbare Tarifvertrag privatwirtschaftlich einengend erscheinen sollte. Wir können das kollektive Arbeitsrecht ohne Gefahr für die Gesellschaft nicht entbehren.“

Der Arbeitsmarkt im Oktober.

Auch diesmal — Ende Oktober — ist das Gesamtbild des Arbeitsmarktes noch das gleiche wie im Vormonat. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 17225 = 32,7 Proz. gegenüber 32,5 Proz. im Vormonat. Die Kurzarbeiterziffer war mit 17283 = 32,8 Proz. wohl etwas geringer, doch ergab sich insgesamt, daß noch immer kaum ein Drittel der Berufsangehörigen voll beschäftigt ist. Allerdings zeigt die Bewegung der Kurzarbeiterziffern, daß besonders die Gruppe der 9 bis 16 Stunden verkürzt Arbeitenden stark zurückgegangen ist, während die Gruppe der 1 bis 8 Stunden verkürzt Arbeitenden zur gleichen Zeit stieg.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten drei Monaten mit der gleichen Zeit vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

Table with 3 columns: Year, Arbeitslose, Kurzarbeiter. Rows for August, September, October for 1930 and 1931.

Im Buchbindergewerbe zeigen Leipzig und Stuttgart einen Rückgang der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf 79 bzw. 86 Proz. gegenüber 92 bzw. 96 Proz. im Vormonat. Dagegen hat sich die Beschäftigungslage in Heilbronn in den letzten Monaten recht erheblich verschlechtert.

Die von der Konjunktur anderer Industrie-gruppen stark abhängige Kartonnagen-industrie zeigt auch noch weiter eine abwärtsgehende Tendenz. In Seiffhennersdorf und Wurzen ist die gesamte Kollegenschaft von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen.

Das gleiche trifft auf die Etuis-Industrie zu. Hier ist weder in Rathenow noch in Hanau auch nur ein einziger Vollarbeiter vorhanden.

Recht ausschlufreiche Feststellungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit der einzelnen Mitglieder hat die Zahlstelle Leipzig gemacht. Hier waren von den 1275 von der Erhebung erfaßten Arbeitslosen 11 Proz. bis 26 Wochen und 41 Proz. bis zu einem Jahr arbeitslos. Ueber ein Jahr bis zu eineinhalb Jahren waren 18 Proz., bis zu zwei Jahren 19 Proz. und über zwei Jahre sogar noch 11 Proz. arbeitslos. Also rund die Hälfte der Kollegenschaft war bis zu einem Jahre, die andere sogar eineinhalb bis über zwei Jahre beschäftigungslos. Welches Elend und welche Sorgen sich hinter diesen Zahlen verbergen, kann kaum mit Worten geschildert werden.

Die Mitgliederziffer ist gegenüber dem Vormonat um 552 auf 52 615, darunter 33 680 Kolleginnen, zurückgegangen. mt.

Neue Fachliteratur.

J. A. E. Bogeng, Einführung in die Bibliophilie. Verlag Karl W. Hiersemann, Leipzig. 1931. Preis 15,— Mt.

Der bekannte Bibliophile und bibliophile Schriftsteller Dr. Bogeng, wohl der gelehrteste Kenner auf diesem Gebiete in Deutschland, hat hier ein Buch herausgegeben, das das größte Interesse aller derselben erwecken muß, die mit Büchern zu tun haben, sei es beruflich, sei es aus Liebhaberei. Es ist heute mehr als früher notwendig, daß sich der Buchhändler, der Drucker und nicht zuletzt auch der Buchbinder ein gutes bibliophiles Wissen verschafft. Dazu dient dieses Werk in allerbesten Weise. Auch manche Schriftsteller kleiner buchgewerblicher Fachzeitsungen sollten dieses Buch studieren, so daß man nicht wieder, wie letzthin, zum Entsetzen zu lesen braucht, daß die Bibeln Gutenbergs deshalb so großes Format haben mußten, weil die Drucktypen aus Holz geschnitten waren! Das Buch ist in vier Kapitel eingeteilt. Kapitel I, Allgemeine Bibliophilie, enthält u. a. Bibliophilie und Bibliomanie, Buchpflege und Buchverwertung, Bibliothekswissenschaft, Bibliophilie als Kulturgenuss. — Aus Kapitel II sei erwähnt: Klassiker der Bibliophilie, Altertum, Mittelalter, Humanismus, Frühdruckzeit, 16., 17., 18. Jahrhundert, Buchverfeinerungen, Französische Bibliophilie, Englische Bibliophilie, Altbüchermarkt in Paris, London, Amerikanische Bibliophilie. — Kapitel III, Die Sammelgebiete. Einteilungen der verschiedenen Sammelgebiete, Fachwissenschaftliche Sammelgebiete — Buchhandschriften — Bibliographie — Privatdrucke — Meisterpressen, Handpressen und Maschinendrucke. Das illustrierte Buch. — Kapitel IV, Das Sammlerstück, enthält u. a. Begriff des Sammlerstüdes, Supra libros — Unikum, Kunststeinband und Liebhabereiband, Verlagseinband, Buchbinderische Sammelstücke — Restaurieren von Büchern und Einbänden, Papierflecken, Einbandsfälschungen, Liebhaberpreis usw.

Diese wenigen Angaben aus dem Inhalt des Buches werden genügen, um den Wert für alle Buch- und Büchermenschen zu veranschaulichen.

P. Kersten.

Hermann Nih: Die maschinellen Produktionsmittel in der neuzeitlichen Verlags- und Buchbindererei. Teil I: Textband, Teil II: Prospektband. Preis der beiden Teile zusammen 6,90 Mt. portofrei. Verlag des Allgemeinen Anzeigers für Buchbindererei, Stuttgart, Christophstr. 9.

Die Literatur über die Arbeit des Buchbinders wird reichhaltiger. Mit Ausnahme einiger weniger

Werte behandelten jedoch fast alle Fachbücher die handwerkliche Technik bei der Herstellung des Bucheinbandes. Ueber die Arbeitsweise der Großbuchbinderie fehlte jegliche Literatur. Auf Grund langjähriger Studien hat es H. Nih, der Direktor der Oldenbourg'schen Großbuchbinderie in München, unternommen, eine Darstellung der maschinellen Produktionsmittel der Mittel- und Großbuchbinderie zu geben. Jede Arbeitsmaschine, sogar jedes maschinelle Gerät (vom Transportkarren bis zum Papierabfall- und Einpreßkasten), wird in einem hundert Seiten starken Bande in ihrer Funktion genau beschrieben, wobei Möglichkeiten der zweckmäßigen Auswertung der vorhandenen Maschinenleistung usw. genannt sind. Ergänzt wird dieser Textband durch eine umfangreiche Prospektzusammenfassung, an der sich alle maßgebenden deutschen Fabriken von Buchbinderemaschinen usw. mit ihren Originalprospekten beteiligen haben. Durch diesen Prospektband werden die im textlichen Teile behandelten Maschinen im Bilde vorgeführt und im einzelnen erläutert.

Die beiden Teile zusammen geben einen umfassenden Ueberblick über alle maschinellen Arbeitsmittel einer neuzeitlichen Buchbinderie. Die Ratschläge des Verfassers, der Direktor einer der best-eingerichteten deutschen Großbuchbinderien ist, werden den Inhabern, Betriebsleitern und Werkmeistern von Buchbinderien reiche Anregungen geben. Besonders wird das Werk auch geeignet sein, den strebsamen Gehilfen, der aus der Buchbinder-Meisterlehre kommt, prinzipiell mit der Funktion der Buchbinderemaschinen vertraut zu machen.

Bücherdruck und bibliophile Bewegung in England.

△ Vor kurzem behandelte Dr. Rodenberg in Leipzig in seiner Vortragsreihe über „Das moderne englische Druckgewerbe“ als grundlegender Sachkenner den „Bücherdruck und die bibliophile Bewegung“ in England. Aus der großen Fülle des Gebotenen in Wort und Lichtbild können wir Raummanageln wegen nur einiges herausgreifen, das von besonderem Interesse ist.

Die Gebrauchsgraphik wird in England erst in den letzten Zeiten gepflegt, trotzdem sich der Engländer den technischen Neuerungen nicht entgegenstellt. Der praktische Sinn des Engländers macht sich vielmehr alle Neuerungen zunutze. Daneben macht sich in der Buchausstattung sein starker Hang zum Konservativen bemerkbar. Er hält bei der Ausstattung des Titels, Umschlages usw. alles fern, was den Leser stören könnte. Die Ausführung des Titels ist eine vornehme, ruhige. In schöner Anordnung und geschmackvoller Schrift erscheint oben der Titel des Buches unter Angabe des Verlegers und Druckers. Der dazwischen liegende größere weiße Raum wird in einfacher, doch künstlerischer Weise meist durch eine andersfarbige Bignette unterbrochen. Auch geschickt geführte Linien erfüllen oftmals den Zweck, den leeren Raum zu verkürzen. Die Wirkung dieser so angeordneten, mit Vorliebe schmal gehaltenen Titel ist eine künstlerische und wohlthuende.

Die Entwicklung der Gebrauchsgraphik sowie der Plakatkunst ist in England viel langsamer als in anderen Ländern vor sich gegangen. In den letzten Jahren jedoch hat sich darin gewissermaßen eine Revolution vollzogen. Da uns der Raum fehlt, müssen wir darauf verzichten, auf die interessanten Ausführungen des Redners über die historische Entwicklung einiger Schriftgießereien und Druckereien einzugehen. Das eine muß aber hervorgehoben werden, daß sich in England der Künstler und der Fachmann gegenseitig unterordnen und dadurch Bestes leisten. Gerade beim Fachmann läßt man oft auf ein künstlerisches Empfinden und reiches Wissen. Dazu kommt noch das Bestreben des Engländers, aus jedem Buch ein bibliophiles Ereignis zu machen. Daher läßt es sich erklären, daß das Durchschnittsbuch in England auf sehr hoher Stufe steht.

Die Vorträge, für die der Eintritt frei ist, sollten besser besucht sein. Es ist schade, daß die viele Mühe der Zusammenstellung der gezeigten Beispiele und die lehrreichen Ausführungen nicht einer größeren Anzahl von Berufsangehörigen zu Gehör kommen.

Von der preussischen Staatsbibliothek.

Die gesteigerte Beanspruchung der preussischen Staatsbibliothek erfordert verbesserte Einrichtungen. Nur für ernste Berufsarbeit und wissenschaftliche Zwecke zugänglich, ist sie trotzdem die umfangreichste und meist benutzte Bibliothek Deutschlands. Ihr Bücherbestand stellt sich auf 2,5 Millionen Bände, Entlehnungen durchschnittlich täglich 3200 Bände, Lesesaalbesucher durchschnittlich täglich 2000 Personen.

Die verlangten Bücher müssen in diesem größten Bibliotheksbau der Welt vom Magazin bis zur Ausgabestelle einen erheblichen Transportweg zurücklegen. Eine der Neuerungen für diesen Transport ist die Verwendung von Aluminiumkästen, womit Schonung der Bücher und beschleunigte Erledigung erreicht und die Trennung mehrbändiger Werke verhindert wird. Die Drehkreuze an der Sperre zum Lesesaal wurden mit Zählern versehen. Dadurch sind die Kontrollbeamten von der statistischen Aufgabe entlastet und die Abwicklung der Kontrolle ist beschleunigt. Mitgebrachte Bücher mußten vor Eintritt in den Lesesaal eingetragen werden. Man verwendet dazu Pappstreifen, die durch Lochungen eine bessere Kontrolle ermöglichen, so daß Diebstähle um 25 Proz. zurückgegangen sind. Als eine sehr glückliche Einrichtung hat sich die Photokopie erwiesen. Man hat durch diese die Möglichkeit, sich Druckseiten kopieren zu lassen, und spart so das Abschreiben oder Kopieren. Es kommt nun seltener vor, daß einzelne Tafeln oder Seiten aus den Büchern getrennt und entwendet werden. Die Kopien sind, wenn am Vormittag bestellt, noch am gleichen Tage erhältlich. Es werden täglich 250 bis 300 Bestellungen mit 3 Apparaten erledigt.

INTERNATIONALES

Jugoslawien gesperrt!

Der jugoslawische Verband teilt mit, daß infolge von Massenkündigungen (in Zagreb allein 20 Proz.) der Verband und seine Mitglieder in große Not geraten. Diese sehr stark zunehmende Arbeitslosigkeit zwingt den Verband, die Zureisen vom Ausland zu unterbinden.

Die Mitglieder der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände werden deshalb aufgefordert, Zureisen nach und Durchreisen durch Jugoslawien zu unterlassen.

Das Internationale Sekretariat.

*

Der neue Lohn Tarif in Dänemark.

Der Lohnabbau für unsere dänischen Kollegen, über den wir berichteten, ist den Unternehmern nicht weitgehend genug. Das ist aus der Fachpresse der Buchbindermeister zu erkennen, die über den Tarifabschluß nichts als Klagelieder anstimmt. Demgegenüber wird in unserem dänischen Verbandsblatt darauf hingewiesen, daß der Anteil am gebundenen Buch oder an der gelichteten Broschüre, der auf den Buchbinderhonorar entfällt, so unbedeutend ist, daß durch die Senkung des Buchbinderlohnes eine Verbilligung und dadurch ein wesentlich höherer Umsatz an gebundenen Büchern nicht zu erreichen ist. Ersparnisse müßten auf ganz anderem Gebiete gesucht werden, vor allem in der Senkung der Materialpreise und der Verwaltungskosten, unter denen sich die meist recht reichlich bemessene Verdienstspanne der Buchbindermeister verbirgt. Und was würden überhaupt auch noch so niedrige Preise für geistige Nahrung nützen, wenn die Masse der Konsumenten infolge niedriger Entlohnung oder gar von Arbeitslosigkeit nicht in der Lage ist, die leibliche Nahrung einigermassen zu befriedigen?

*

Regelung der Gesellenprüfung in Dänemark.

Es ist bekannt, daß sich der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter von Dänemark mit Unterstützung der Regierung seit Jahren mit Erfolg bemüht, die Ausbildung des Nachwuchses im Gewerbe besonders sorgfältig zu überwachen. In Kopenhagen wurden auch die entsprechenden Bestimmungen berücksichtigt, in der Provinz jedoch lagen die Dinge recht sehr im argen. Auf Beschwerde des Verbandes beim Arbeitsministerium

haben nunmehr erneut Verhandlungen zwischen dem Verband der Buchbinder und dem Verbands der Buchbindermeister in der Provinz stattgefunden, die zum Abschluß einer Vereinbarung geführt haben. Nach dieser bestimmt die Prüfungskommission, in welcher Werkstatt der Lehrling seine Prüfung abzulegen hat. Während der Ausführung der Arbeit muß ein Meister und ein Gehilfe zugegen sein.

*

Beitragserrhöhung auch in der Schweiz.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit sieht sich auch der Verband der Buchbinder in der Schweiz

genötigt, entweder die Leistungen herabzusetzen oder die Beiträge zu erhöhen. Man hat sich für letztere Maßnahme entschlossen und die Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Januar 1932 um 20 und 15 Centimes pro Woche erhöht. Diese Erhöhung wurde beschlossen, um die Leistungen aufrechterhalten zu können, da die Unternehmer ihrerseits versuchen, aus der Arbeitslosigkeit Vorteil zu ziehen und die Löhne zu drücken. Da wollen die Mitglieder des Schweizer Verbandes also lieber höhere Beiträge entrichten, als der Gefahr eines Generalangriffs auf die Höhe der Entlohnung ausgesetzt zu sein.

Stimmen aus unserem Kollegenkreis.

Mehr Solidarität und Aktivität.

Die immer größere Not, die heute nicht nur die deutsche Arbeiterchaft, sondern die Arbeiterchaft der ganzen Welt drückt, hat bereits zu Folgerungen geführt, die tief bedauerlich sind. Daß sich eine Bruchlegung der Wirtschaft besonders auf unsere Berufsverhältnisse wie Blei legt, ist allbekannt, denn wir hängen stark ab vom Verbrauch an Waren aller Art. Der Erzeuger, der keine Waren zu exportieren hat, braucht infolgedessen weniger Pakungen, der Bedarf an Klebmaterialien läßt nach, da ja Klebmaterial nur Wert hat, wenn die breite Masse kaufkräftig ist. Das gleiche Verhältnis ist auch bei Geschäftsdrucksachen zu sehen.

Wir sind noch nicht auf dem Tiefstand angelangt, was ja die fortgesetzten Entlassungen, Stilllegungen usw. zeigen. Das Einkommen des Volkes ist so knapp, daß es nicht reicht zum Leben, geschweige denn zu Ausgaben für kulturelle Zwecke. Diese Wirtschaft, die von einem selbstsüchtigen Profitstreben erster Klasse getragen wird, ist derart verfahren, daß sie aus lauter Konzentration und Vertrustung eine internationale Gefahr für die schaffenden Völker geworden ist. Aufgekauft in riesigen Betrieben, kann sie dem Zweck nicht mehr dienen, dem sie dienen sollte, der gerechten Güterverteilung und Produktion. Das falsche System sucht man jetzt damit zu bemänteln, daß man alles an Schuld und Inzulänglichem den „Marginalisten“ oder den freien Gewerkschaften in die Schuhe schiebt. Wenn man die Berichte der bürgerlichen Zeitungen über die Tagungen der Gewerksvereine, Innungen und sonstigen gewerblichen Verbände liest, dann findet man immer das gleiche Lied und Reid: „Schuld sind die hohen Löhne, die Tarife“ usw.

Was ist denn eigentlich richtig? Wer hat eine Fehlpolitik getrieben, die Gewerkschaften oder die Unternehmer mit ihren Bankmenschen als Vormünder? Als die deutsche Wirtschaft zwischen 1924 und 1926 gut florierete, da hatte man doch außer dem Auslandsgeschäft auch einen guten Innenkonsum, und man konnte feststellen, daß auch die breiten Massen sich so manches kauften, was im Punkte Kultur und Volkswohl auch heute noch so sein dürfte. Der Bedarf an Gegenständen aller Art — und das kommt hauptsächlich auch für unsere Berufsverhältnisse in Frage —, darunter auch Bücher, kann nur bei erhöhter Kaufkraft gedeckt werden. Und darüber sollte man sich im zwanzigsten Jahrhundert klar sein: Kulturgut ist Volksgut, und wohl dem Volke, bei dem das zutrifft. Daß wir dies auch für uns erreichen müssen, ist nicht nur eine programmatische, sondern eine natürliche Forderung, weil es von Natur aus nicht zweierlei Recht und infolgedessen auch nicht zweierlei Ansprüche gibt. Darum Wohlstand und Kultur jedem Menschen!

Je mehr sich die breiten Massen hierum betümmern, je aktiver sie sich am Kampf um Wohlstand und Kultur beteiligen, der doch nicht nur eine Angelegenheit einzelner, sondern der Masse ist, um so früher kann das Ziel erreicht werden. Darum wollen wir nun beginnen zu trommeln. Jeder einzelne erkenne das als seine Pflicht. Die deutsche Arbeiterchaft sollte einmal aufhören mit ihrer „Tätigkeit“ in Pfeifenklubs oder in bürgerlichen Sportvereinen. Es helfen uns die „besten“ Ausreden nicht. Vergnügen und Zerstreuung gehören gewiß auch zum Leben und sicher gönnen wir beides

jedem Menschen. Doch jetzt heißt es einmal, konsequent zu sein bis zum letzten. So wie ich ein Anrecht auf Ruhe habe nach der Arbeit, so kann ich auch verlangen, erst mitzuarbeiten und dann auszuruhen. Denn das, was ruht, wird faul und morsch.

Neben dem „Konsequentsein“ muß man auch kollegial sein Möglichstes tun. Ist es nicht tief bedauerlich, daß man heute die Zerrissenheit und Uneinigkeit der Arbeiterchaft sehen muß, daß man erlebt, wie Haß zum Leitstern geworden ist. Und wenn man weiß, daß Märgeln auch schadet, dann sollen und müssen wir uns immer sagen: Kollegialität um jeden Preis.

Es ist nicht schön, wenn ein Kollege den weniger tüchtigen Kollegen mißachtet, oder wenn eine Kollegin einer anderen Kollegin den Krieg erklärt, weil diese vielleicht ein schöneres Kleid an hat. Ihr steht im Betrieb beisammen, arbeitet alle doch nur, um euch zu ernähren, seid alle Diener im Dienste des Kapitals und des Profites und weshalb sollen wir uns gegenseitig beneiden oder gar bekämpfen? So töricht wollen wir in Zukunft nicht mehr sein, sondern wollen zusammenstehen: Einer für alle, alle für einen. Wenn wir unsere Pflichten ernst nehmen, dann können wir viel erreichen. Wirken wir so, dann haben wir auch ein verstärktes Anrecht auf Kritik, denn nur der, der selbst gut ist, kann richten und rechten. Daß wir Uebelstände haben, die heute schon beseitigt sein könnten, ist richtig, doch wir brauchen nur einiger, geschlossener zu sein und dann kühner werden, und vieles wird fallen, weil es fallen muß.

Hans Seßler, Nürnberg.

*

Die Wirtschaftsdiktatur hat einen Riß erhalten.

Was ist von der oft bis zur Hysterie gesteigerten Agitation der These, daß alles Elend in Deutschland allein von den Reparationszahlungen komme, übrig geblieben? Auf Grund des sogenannten Reparationsfeierjahres sind die Reparationszahlungen auf ein Jahr eingestellert worden. Von dem ungeheuren Druck befreit — so konnte angenommen werden —, mußte es nun besser, mindestens aber nicht schlechter werden. Doch das Gegenteil trat ein. Die optimistische Welle, die bei Verkündung des Hooverjahres über das Land ging, schlug in Bergweisung um. Ein Zusammenbruch ohnegleichen erschütterte das Land. Der Staat griff ein, es hagelte Notverordnungen, um das erschütterte Gebäude der Wirtschaft vor dem Chaos zu retten.

Die Meinung der Gewerkschaften, die bei dem Suchen nach den wirtschaftlichen Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise vertreten wurde, hat sich als richtig erwiesen. Nicht allein die von Deutschland aufzubringenden Reparationsleistungen, sondern viel tiefer liegende Merkmale dieser von Korruption triebenden Wirtschaft tragen die Schuld. Als die Katastrophe hereinbrach, da brauchte man plötzlich den Staat, von dem man soeben noch jeden Eingriff in seinen Bereich als eine Annäherung zurückgewiesen hatte. Da rief man nach Maßnahmen von Staats wegen, die man vorher als sozialistische Ein- und Uebergriffe gebrandmarkt hatte. Nach dem Zusammenbruch der Großbanken war nichts mehr von privatwirtschaftlichem Risiko und privater Verantwortung zu hören, wo doch sonst bei den Forderungen der Arbeitnehmer zum Ausbau des Betriebsratengesetzes, zur Erweiterung der Befugnisse der Betriebsräte u. a. m. stets von den Unternehmern be-

tont wurde: „Wer das Risiko und die Verantwortung zu tragen hat, hat auch die Leitung.“

Wie steht es aber mit dem Risiko? Ist die Arbeiterchaft bei der heutigen Arbeitsmarktlage nicht gezwungen, jedes Angebot der Betriebsleitung in bezug auf Kurzarbeit anzunehmen? Allein schon beim Hinweis auf die ganz klar gehaltenen tariflichen Bestimmungen, die der Einführung von gekürzter Arbeitszeit ohne Einhaltung der Anlagengröße entgegenlaufen, wird mit ganz enormen Entlassungen gedroht. Werden solche Drohungen und die Folgen von der Betriebsverwaltung nicht beachtet, vielmehr die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen erzwungen, dann ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Unternehmer mit weiteren Verschlechterungen, in diesem Falle mit einer weiteren Herabsetzung der Arbeitszeit, ja selbst ohne Berücksichtigung laufender Aufträge aufwartet. Der „Herr-im-Haue-Standpunkt“ soll fühlbar gezeigt werden auch dann, wenn eine Schädigung des Geschäftes ersichtlich ist.

In Zeiten der Not wendet sich die Wirtschaft aber an das Kollektiv, an den Staat, genau so wie die Kreise des ehemaligen Mittelstandes, die sich früher das Recht anmaßten, die damaligen Armenunterstützungsempfänger zu befeuern und als faules Gesindel zu bezeichnen, heute aber selbst und sehr raffiniert die Wohlfahrtsämter mit Gesuchen bestürmen und deren Unterstützung in Anspruch nehmen.

Die Wirtschaftsführer erwarten also Hilfe von dem Staat, dem sie in der Erfüllung seiner sozialen Aufgaben allerlei Hemmnisse entgegenstellen. Diese Erwartung war begleitet von recht zweifelhaften Gefühlen, denn die Unternehmer standen doch vor der Frage, ob der um Hilfe angerufene Staat nun womöglich gar den Willen zeigt, die Wirtschaft entscheidend unter seine Hoheit zu bringen, oder ob er bedingungslos nur sanieren werde, um sie danach wieder in die gepriesene wirtschaftliche Freiheit zu entlassen.

Beobachten und Erkennen tut in unserer gegenwärtigen Lage den von der Wirtschaft Abhängigen besonders not. Niemand kann die Ratlosigkeit der Wirtschaft und ihrer Führer in den kritischen Tagen bis heute übersehen. Der kapitalistische Mechanismus hat in den Tagen der Not verlagert, eine Feststellung, die durch kein Gegenargument mehr erschüttert werden kann. Die Zahl derer, die sich mit Wirtschaftspragen und deren Uebel befassen, ist im Wachsen begriffen. Immer mehr wird die Erkenntnis laut, daß das heutige System, bei dem einigen wenigen eine ungeheure Macht in die Hände gegeben ist, die ohne Kontrolle zum Besten ebenso wie zum Nachteil des Ganzen ausgeübt wird, einen unhaltbaren Zustand darstellt. Staatsmänner, Wirtschaftstheoretiker mit weit nach rechts gerichteter Orientierung, also frei von „marxistischen“ Gedankengängen, ja selbst Zeitungen, die besonders grundtätig auf dem Boden kapitalistischer Wirtschaft stehen, müssen zugeben, daß eine Wirtschaftsform, die in gefährvoller Stunde das Risiko dem Staate aufbürdet, ihre innere Daseinsberechtigung verloren hat.

Zusammenkünfte deutscher Industrieller finden statt. Keine der dabei beteiligten Wirtschaftsautoritäten, wie sie sich so gern hinstellen, zeigt dabei positive Vorschläge zur Wendung der Krise. Klar sind sie sich nur darüber, daß die Ueberwindung der Krise ohne Opfer der Industrie erfolgen muß. Alte verbrauchte Argumente und Begründungen werden ohne Prüfung der Stichhaltigkeit vorgebracht. „Abbau der sozialen Einrichtungen“ heißt die Parole. Die weitere, uns nur allzu bekannte Melodie klingt so aus: „Die Böhne müssen wieder beweglich gestaltet werden, die Gewerkschaften werden in Lohnfragen mehr als bisher mit sich reden lassen müssen, der Arbeitskostenanteil in der Gütererzeugung muß nach der Seite der Lohnhöhe beweglicher werden, die Personalausgaben müssen aufs äußerste eingeschränkt werden.“ Es ist hoffentlich nicht zu erwarten, daß es den Industriemachern mit Zutun der Reichsregierung gelingen wird, Methoden anzuwenden, die nicht nur jeden einzelnen, sondern die ganze Wirtschaft schädigen. Das Gebot der Stunde, das von der Reichsregierung ausgehen muß, ist die Forderung an all die Stellen der Wirtschaft, die Lohn- und Gehaltsstürzungen verlangen, nach einem

nicht immer theoretischen, sondern auch praktischen Befennnis zu einem niedrigeren Einkommen, die Forderung an jene, am eigenen Leibe ein Leben kennen zu lernen, das an den Kulturgütern immer weniger Anteil nehmen darf.

Vorkäuflich hat der Staat mit seinen Mitteln helfend eingreifen müssen, um die Wirtschaft vor dem Lechten zu bewahren. Dabei wird er gesetzliche Maßnahmen zu treffen haben, die für ihn ein Aufsichtsrecht mit Gewinnbeteiligung garantieren und die üblichen Spekulationsmethoden beseitigt. Leider sind gerade im gegebenen Moment die politischen Stützpunkte solcher Forderungen sehr geschwächt, weshalb viel eher anzunehmen ist, daß nicht die Gewinne, wohl aber die Verluste der Wirtschaft sozialisiert und auf die Schultern der Allgemeinheit umgelegt werden.

Weiter ist eins noch besonders bemerkenswert. Das Reich hatte kein Geld, überall herrschte die größte Not. Lohn- und Gehaltsstürzungen auf der ganzen Linie. Aber Hunderte von Millionen waren zur

und meint nachher, ihm wäre die Hand ausgerutscht. Was mögen diesen jungen Arbeiter für Gefühle über den Anstand dieser sogenannten gebildeten Vorgesetzten beschleichen? Wer will es den so beschimpften Kollegen verdienen, wenn sie — wirtschaftlich wehrlos gegenüber solchen Leuten — sich einmal so an diesen vergreifen, daß ihnen ein für allemal die Luft vergeht, Schindluder mit ihnen zu treiben. Wenn sie schon das Faustrecht proklamieren, dann mögen sie daran denken, daß es auch einmal umgekehrt kommen kann.

Auch sonst scheinen sich die Unternehmer allerhand vorgenommen zu haben. Der eine entläßt ein Betriebsratsmitglied angeblich aus § 123 der GO. fristlos, so daß hier eine Klage vor dem Arbeitsgericht anhängig ist. In einem anderen Betrieb operiert die Buchhalterin gemeinsam mit dem Arbeiter und — was das Schlimmste ist — mit einigen jungen Kollegen, die so naiv sind, daß sie alles glauben, was diese Leute ihnen erzählen. Sie sonnen sich in der zweifelhaften Gnade des Unternehmers und seiner Trabanten, hehen gegen ihre alten Kollegen und helfen bei allen Schikanen gegen diese. Das ganze Jahr hindurch liegt dieser Unternehmer auf dem Arbeitsgericht, um fast alle Prozesse zu verlieren, nur weil es seine Ratgeber so wollen. Es sind teure Ratgeber, doch der Betrieb trägt es ja. Das ist ein Beweis, daß immer noch genug verdient wird. Die Zustände in dieser Firma sollen ein andermal gewürdigt werden.

Die Urabstimmung

vom 22. November bis zum 5. Dezember

soll unserer Invalidenunterstützung eine gesunde und sichere Grundlage geben. Jedes zur Abstimmung berechtigte Mitglied muß darum

für

die Erhöhung des Beitragsanteils stimmen.

Stützung der Banken vorhanden. Wenn die Kapitaldefektoren nicht so rücksichtslos behandelt worden wären, und wenn man rechtzeitig etwas gegen die Kapitalflucht unternommen hätte, wäre jedenfalls manches anders.

Neue Rotverordnungen werden kommen. Was sie uns bringen, sind weitere Abbau- und Sparmaßnahmen. Rot und Elend werden dadurch nicht gebannt. Aber wie sollen wir denn aus dem Elend herauskommen? An Vorschlägen und Programmen fehlt es wahrlich nicht. Von allen Arbeitern, Angestellten- und Beamtenorganisationen werden sie aufgestellt und propagiert, nicht immer sehr klar. Immerhin sind sie Merkmale des Erkennens. Die jetzt außerordentlich lang anhaltende Not und das Suchen nach einem Ausweg müßten den davon Betroffenen die Voraussetzung zur Ueberleitung der Wirtschaftsdiktatur in demokratische Bahnen schaffen.

R. J.-Dr.

Berichte.

Luckenwalde. Was sich heute ein Unternehmer gegenüber seinem Personal und sogar dem Betriebsrat, also der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber, erlaubt, dafür bietet die hiesige Firma B. u. S. ein klassisches Beispiel. War noch der verstorbene Inhaber der Firma, Herr B., ein vornehmer Mensch, dann ist dessen Sohn das Gegenteil davon. Und erzt recht die Herren S. In bezug auf die Behandlung der Arbeiterschaft müßten sie einen Anstandskursus durchmachen. Ihr Willen ist das der Hesse. Oder ist es nicht ein pöbelhafter Ton, den Herr B., der jetzige Mitinhaber, gegenüber dem Betriebsrat wegen einer geringfügigen Sache anschlägt, wenn er denselben mit Worten anbrüllt, die wir hier nicht wiedergeben können? Zu allem Ueberflus gebraucht derselbe „gebildete“ Herr die gleichen Ausdrücke vor der ganzen Belegschaft. Ein besonders knorriger Herr aber ist Herr S. Jun. Dieser brüllt einen jungen Kollegen an: „Dich Kaufesunge haue ich in die Fresse, daß du Lumpen f...“ Einem andern jungen Kollegen gibt er eine Ohrfeige

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Urabstimmung.** Den Jahrestellen und Gauen sind in den letzten Tagen die Stimmzettel für die Urabstimmung betreffend Erhöhung des Anteils für die Invaliden-Unterstützung zugesandt worden. Wir bitten alle diejenigen Mitglieder, die zur Teilnahme an der Urabstimmung berechtigt sind, sich um einen Stimmzettel bemühen zu wollen und dessen Abgabe in der Zeit vom 22. November bis 5. Dezember zu bewerkstelligen. Das Mitgliedsbuch oder die Mitgliedskarte ist bei der Stimmabgabe vorzulegen.

2. **Einstellung der Sozialunterstützung in Rostock und Seltsennersdorf.** In den Jahrestellen Rostock und Seltsennersdorf kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Sozialunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausbezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder hiervon Kenntnis zu nehmen.

Abrechnungen

vom dritten Quartal 1931 gingen weiter bis zum 10. November bei der Verbandskasse ein:

- Königsberg i. Pr. — 12. — Mr., Sorau 175. — Mr., Stettin — 12. — Mr. = Detmold 280. — Mr., Minden — 12. — Mr. = Eberstadt 125. — Mr., Gießen-Wehlar 337,56 Mr., Saarbrücken 388,45 Mr. = Jena 136. — Mr., Schlez — 12. — Mr., Sonneberg 60. — Mr., Weissenfels 250. — Mr. = Plauen — 12. — Mr. = Ulm — 12.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Der Kampf gegen das Tarif- und Schlichtungswesen.
- Der Arbeitsmarkt im Oktober.
- Neue Fachliteratur: Bogeng, Einführung in die Bibliophilie. — Rib, Die maschinellen Produktionsmittel in der neuzeitlichen Verlags- und Lohnbuchbinderei.
- Bücherbund und bibliophile Bewegung in England. Von der preussischen Staatsbibliothek.
- Internationales: Jugoslawien gesperrt. — Der neue Lohnmarix in Dänemark. — Regelung der Gesellenprüfung in Dänemark. — Beitragserhöhung auch in der Schweiz.
- Stimmen aus unserem Kollegienkreis: Mehr Solidarität und Aktivität. — Die Wirtschaftsdiktatur hat einen Riß erhalten.
- Die Urabstimmung.
- Berichte: Luckenwalde.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: 1. Urabstimmung. — 2. Einstellung der Sozialunterstützung in Rostock und Seltsennersdorf. — Abrechnungen.